

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1881

12.6.1881 (No. 139)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 12. Juni.

№ 139.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Fettschale oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1881.

Politische Wochenübersicht.

Seine Majestät der Kaiser war von einer leichten Unpäßlichkeit befallen, die ihn während einiger Tage zur Schonung nöthigte. Doch ist der hohe Herr glücklicher Weise schon wieder im Stande, seine gewohnten Spazierfahrten zu unternehmen. Die Abreise nach Bad Ems, welches soeben der König von Sachsen nach vollendeter Kur verlassen hat und wo sich gegenwärtig der König von Schweden zur Kur aufhält, dürfte in kurzer Frist erfolgen. Ihre Majestät die Kaiserin verläßt heute Baden, um sich zunächst nach Koblenz zu begeben. Unsere Großherzogliche Familie verweilt einige Tage auf Schloß Mainau.

Der deutsche Reichstag hat nach Pfingsten seine Beratungen wieder aufgenommen, in dritter Lesung die Novelle zur Gewerbeordnung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung und die auf die Errichtung von Gewerbekammern bezügliche Resolution genehmigt. Er hat ferner mit einer Mehrheit von 50 Stimmen den Etatposten für den deutschen Volkswirtschafts-Rath abgelehnt und den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Zolltarifs für bedruckte und unbedruckte Zeugwaaren genehmigt. Der wichtigste Beratungsgegenstand, der den Reichstag noch beschäftigen wird, ist das Unfallversicherungs-Gesetz, dessen dritte Lesung unmittelbar bevorsteht. — Das Uebereinkommen mit Hamburg in Betreff des Zollanschlusses ist nunmehr vom Senat genehmigt und der Bürgerschaft vorgelegt. Nachdem die Handels- und Gewerbekammer sich mit Entschiedenheit für die Zustimmung ausgesprochen haben, ist wohl auch seitens der Bürgerschaft keine Ablehnung des Vertrages mehr zu erwarten. — Zur Prüfung der Verhältnisse an der Unterelbe hat der Bundesrath Bevollmächtigte: die Herren Dr. v. Siebe (Braunschweig) und Schmidtkow (Bayern) nach Hamburg und Altona entsandt. — Die nationalliberale Erklärung, welche in der Presse mit Eifer kommentirt und je nach dem Standpunkt der betreffenden Zeitungen sehr verschieden beurtheilt worden ist, ist nachträglich noch von einigen der Partei angehörigen Abgeordneten unterzeichnet worden.

Der Kronprinz Rudolf von Oesterreich hat nunmehr seinen dauernden Aufenthalt in Prag genommen. In Gmunden wird dem Besuch des Königs von Dänemark entgegengefahren, welcher, wie unser Wiener Korrespondent meldet, seinem Schwiegersohn, dem Herzog von Cumberland, neuerdings unter Eröffnung sehr günstiger Bedingungen den Ausgleich mit der Krone Preußens zu empfehlen beabsichtigen soll. Der verdiente General Uchatius machte, wie man annimmt, in Folge einer erlittenen Kränkung seines äußerst reizbaren Ehrgefühls, seinem Leben durch einen Schuß ein Ende. Unmittelbar nach seinem Tode ist eine Verordnung erschienen, wonach der Kaiser die Einführung von Belagerungsgeschützen aus Stahlbronze, bekanntlich die Erfindung des Generals Uchatius, genehmigt. In der Schweiz ist die Sommer-session der Bundesversammlung am 6. Juni eröffnet worden. Der Bundesrath hat sich mit den schweizerischen Konsulaten, auf Anregung des Nationalrathes, in's Benehmen gesetzt, um Erhebungen über die Auswanderung, deren Ziele und die mögliche Fürsorge für die Ausgewanderten zu veranlassen. In Frankreich ist durch die Abstimmung des

Senats der Lieblingsplan Gambetta's, die Einführung des Listensystem, gescheitert. Es kann kein Zweifel bestehen, daß nicht nur die Frage, welches Wahlsystem das bessere sei, diese Abstimmung beeinflusst hat, sondern daß insbesondere auch die Erwägung der Gefahr, daß Frankreich durch Einführung des Listensystem eine Diktatur entgegengehe, für die Mehrheit der Senatoren bestimmend gewesen ist. Die Aeußerungen des früheren Ministers Waddington bei den Debatten geben darüber den bestimmtesten Aufschluß. Außer bei den nächsten Anhängern Gambetta's, die sich in großer Erregung befinden sollen, dürfte die Entscheidung des Senates in der Bevölkerung um so mehr auf Zustimmung zu rechnen haben, als bekanntlich die Mehrheit, welche der betreffende, nach seinem Urheber Barbonz benannte Antrag in der Deputirtenkammer erhielt, nur sehr schwach war. Die Unzufriedenheit Gambetta's bezeugt das Gerücht, welches besagt, daß er gesonnen sei, das Kammerpräsidium niederzulegen. Der Gedanke liegt nahe, daß seine Antwort auf diese seinen Wünschen so ungünstige Entscheidung des Senates eine Erneuerung der auf völlige Beseitigung dieser Körperlichkeit gerichteten Agitation sein dürfte.

Die Zustände in Irland werden von Tag zu Tag bedenklicher. Die aufständischen Bewegungen treten immer mehr in das Stadium erster und umfassender Ruheförmungen ein. Die von der Regierung ergriffenen Maßregeln erweisen sich überall als ungenügend, dem Aufstand ein Ziel zu setzen. Der Arm der Fenier reicht auch wieder nach England hinüber. In Liverpool ist man einem Versuch auf die Spur gekommen, das Rathhaus in die Luft zu sprengen.

Der Kaiser von Rußland begibt sich zum Sommeraufenthalt von Gatschina nach Peterhof. An Stelle des Generals Mijutin ist General Wannowsky zum Kriegsminister ernannt worden.

Die Spannung der Lage in Bulgarien dauert fort. Für den Fürsten hat nunmehr die russische Regierung ihr Gewicht in die Waagschale geworfen durch einen Erlaß an den russischen Gesandten in Sofia, in dem sie die Berechtigung des Vorgehens des Fürsten Alexander ausdrücklich anerkennt. Dies ist um so wichtiger, als bekanntlich die von dem Fürsten als unbrauchbar bezeichnete Verfassung wesentlich unter dem Einfluß Rußlands zu Stande gekommen ist. Zudem gibt die Partei, welche um jeden Preis die Verfassung, wie sie besteht, aufrecht erhalten will, keineswegs ihre Sache verloren. Die Festigkeit ihrer Agitation von solcher Bedeutung mit Karlsruhe zur Erreichung sehr einschneidender Maßregeln (Verhaftungen, standrechtliche Aburtheilungen durch das Militärgericht u. s. w.) veranlaßt.

Fürst Milan von Serbien befindet sich zum Besuche unseres Kaisers in Berlin, er wird von da nach Wien gehen und es wird behauptet, daß er, gleich dem bisherigen Fürsten von Rumänien, die Königswürde erstrebe.

Deutschland.

Berlin, 10. Juni. Der Kaiser wird in den letzten Tagen des August den Manövern des Gardecorps beiwohnen, vom 1. bis 6. September voraussichtlich denen des 10. Armeecorps, und während dieser Zeit seinen Aufenthalt in Hannover nehmen. Am 2. September findet

die große Parade statt, am 3. das sogenannte Corpsmanöver, am 5., 6. und 7. folgen Uebungen in kleineren Verbänden, während der 4. September ein Ruhetag für die Truppen ist. Ein Galadiner, ein großer Zapfenstreich und ein großes Rennen sind in Aussicht genommen und die Tage (am 2., 3. und 4.) bereits festgestellt. Demnächst erfolgt die Abreise des Kaisers nach Rom, woselbst zwei kombinierte Kavalleriedivisionen unter den Generalen v. Heibud und Frhrn. v. Schleinitz manövrirt werden. Derartige Kavallerieübungen im großen, völlig den Kriegsverhältnissen entsprechenden Maßstabe werden bekanntlich seit dem Erlasse des neuen Exercierreglements sehr eifrig betrieben. Die genannten Generale sind gewissermaßen die geistigen Nachfolger des leider zu früh verstorbenen Reitergenerals par excellence v. Schmidt, mit dem Beide längere Zeit in unmittelbarem dienstlichen Verkehr gestanden haben. An diese hochwichtigen Kavallerieübungen schließen sich am 11. die Manöver des 9. schleswig-holsteinischen Armeecorps an. Der Kaiser wird gelegentlich derselben bei dem Grafen v. Reventlow, Vorkommandant der abeligen Konvents, in Jzehoe sein Hauptquartier nehmen, auf ein oder zwei Tage auch bei dem jungen Grafen v. Mangau auf dem Schloße Breitenburg, welcher letztere übrigens kein Verwandter des Bismarck'schen Schwiegersohnes ist, aber zufällig wie dieser längere Zeit im 3. Garde-Regiment gestanden hat. Den Abschluß dieser für unsern greisen Monarchen so anstrengenden Inspektionsperiode wird am 17. ein großes Seemanöver des Uebungsgehwaders auf der Kieler Förde bilden, worauf dann die Abreise des hohen Herrn nach Baden erfolgt. — Die zur hiesigen Artillerie-Schießschule kommandirten Offiziere haben sich nach Beendigung des Kurses wieder in ihre Garnisonen zurückbegeben.

Der 13. allgemeine deutsche Protestantentag, welcher heute hier zusammentrat, hat zum Beratungsgegenstande seiner ersten Hauptversammlung die Glaubensgerichte in der evangelischen Kirche gewählt. Anlaß dazu hat namentlich die wiederholte Nichtbefähigung freimüthiger Prediger in Berlin gegeben. Wie zu erwarten stand, hat gegen solche Nichtbefähigungen aus dogmatischen Gründen sich der Protestantentag ausgesprochen.

Berlin, 10. Juni. Reichstag.

Die 57. Sitzung eröffnete heute Präsident v. Gosler um 11 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Staatssekretär v. Bötticher.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der zweiten Beratung des Nachtragsetats pro 1881/82 auf Grund des mündlichen Berichts der Kommission über Kapitel 7 a. Titel 10 a. der fortdauernden Ausgaben für das Reichsamt des Innern (Deutscher Volkswirtschafts-Rath). Die Kommission beantragt, die in Anlaß gebrachte Position in Höhe von 84,000 M. unverändert zu bewilligen.

Abg. Dr. Freese referirt über die Verhandlungen innerhalb der Kommission und empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Dr. Reichenberger (Erfeld) erklärt sich gegen die Bewilligung der Position. Seine Einwendungen gegen die Vorlage seien im Wesentlichen dilatorische, nicht peremptorische. Er sei der Ansicht, daß noch nicht genügend Erfahrungen für die Einrichtung eines Deutschen Volkswirtschafts-Rathes vorliegen. Erst möge man doch abwarten, was der Preussische Volkswirtschafts-Rath zu Stande bringen werde. Was er bisher über die Beratungen und Beschlüsse desselben vernommen, sei nicht son-

Großherzogl. Hoftheater.

Das Glückchen des Eremiten von Aimé Maillart und Die Regimentstochter von Donizetti.

Die Karlsruher, 11. Juni. Bianca Bianchi. Die Lebensfähigkeit des „Glückchens“ wird durch die Vertreterin der Rose Friguet bedingt; denn die Oper selbst ist ein harm- und recht witziges Produkt eines französischen Komponisten, von welchem man bei seiner Nationalität gerade in Bezug auf den Witz — oder richtiger esprit — mehr beanspruchen könnte. Der Charakter der Rose Friguet erregt durch seine richtige Durchführung ein gewisses Interesse, und läßt sich eine Künstlerin wie Fr. Bianchi herbei, ihn mit ihren wunderbaren Mitteln auszustatten, so wird die Oper theilweise erträglich. Das verwilderte Mädchen, welches im Gebirge die Ziegen hütet, wirkt, da es stets zerlummt einhergeht und außerdem den einfältigen Bauern einen Schabernack nach dem andern spielt, auf Jedermann abstoßend. Daher ist sein Erstaussehen leicht erklärlich, als ihm zum ersten Male Jemand verräth, daß es hübsch sei. „Ich bin hübsch? das hat mir noch Niemand gesagt.“ Der Dank, den es dafür dem Ver räther jener Eigenschaft zollt, geht in Liebe über, um so begreiflicher, da derselbe ein hübscher Bauernbursche ist. Jener Moment des zweiten Aktes „ich bin hübsch?“ bildete den Höhepunkt der Leistung des Fr. Bianchi am zweiten Pfingsttage. Die Künstlerin mußte diesmal mehr durch ihr Spiel als durch ihre Gesangsfertigkeit zu begeistern. Das wilde Auftreten im ersten Akt, das Ausstrahlen aller entdeckten Geheimnisse, die durch den ungerechten Verdacht erlittene Kränkung waren Darstellungsmomente seltener Art.

Als Regimentstochter hat sie für dies Jahr vom Publikum Abschied genommen. Vor einigen Monaten hat Frau Meynenheim durch dieselbe Partie den lebhaftesten Beifall des Publikums

hervorgehoben. Vergleiche? Nein: beide Leistungen haben ihre Berechtigung. Frau Meynenheim zeigt ein ursprünglicheres Mädchen, welches unter Soldaten groß geworden ist, Fr. Bianchi läßt viel von der vornehmen Abstammung der Marie durchblicken. Wer hat Recht? Beide; denn in der darstellenden Kunst ist die einzige Norm das eigene, selbständige Erfassen und die dadurch bedingte Durchführung einer Rolle. Es mag daher hier nur der Freude darüber Ausdruck gegeben werden, daß zwei Künstlerinnen von solcher Bedeutung mit Karlsruhe eng verbunden sind, die eine durch das Fräulein, die andere durch das Fräulein. — Zum Schluß konnte es sich Fr. Bianchi nicht ver sagen, noch einmal ihre bewundernswürdigen Fertigkeiten dem Publikum zu zeigen, in einem (gerade nicht sehr empfehlenswerthen) Walzer von Benzano. Dr. Speigler, welcher seinem köstlichen Humor in der Rolle des Sulzpi freien Spielraum ließ, verrieth seine kollegiale Lebenswürdigkeit durch die geschickte Ueberreichung eines Bouquets und rieth der scheidenden „Regimentstochter“, die Karlsruher nicht zu vergessen; das wird Fr. Bianchi nicht, wie die Karlsruher ihren Liebling auch nicht vergessen werden.

— (Unterirdisches Fahrzeug.) Aus Putarek schreibt man der „Wiener Presse“: Ein junger Mechaniker, Namens Trojan Theodorosco, hat ein unterirdisches Fahrzeug erfunden. Theodorosco legte der Kammer die auf seine Erfindung bezüglichen Pläne vor, nach welchen auch in einer der letzten Sitzungen ein Gesetzentwurf eingebracht wurde, um die Regierung zu ermächtigen, die nöthigen Fonds für die Konstruktion und Probeversuche zu verausgaben. Gegenwärtig befaßt sich eine Spezialkommission mit dem eingehenden Studium des Projektes, welches in folgendem besteht: das Boot kann bis zu einer gewissen Maximaldimension und entsprechendem Gewichte 12 Stunden hindurch in einer Tiefe von 30 Meter unter dem

Wasserspiegel fahren, ohne mit der Luft in Verbindung zu kommen. Diese Berechnung des Tiefgangs wendet der Erfinder für die Donau an, dehnt sie aber in der See bis zu 100 Meter aus. Auf der Wasseroberfläche manövriert das Fahrzeug in der gleichen Weise, wie alle übrigen normal konstruirten Boote, nur ist die Geschwindigkeit keine so große als bei Dampfbooten, übertrifft jedoch die eines unter dem Winde gehenden Seglers. Das Manöver des Tauchens erfolgt unter einer vertikalen Linie. Dergleichen kann die Hebung des Bootes sehr rasch vor sich gehen. Das Tauchen bewerkstelligt Schraubenvorrichtungen und kann entweder plötzlich oder successive bewirkt werden. Darin liegt auch die eigentliche Lösung des Problems zwischen zwei Wassern zu fahren. Einmal unter Wasser, gibt man dem Fahrzeuge so viel Licht, um auf 30 bis 40 Meter jedes Hinderniß zu sehen und ist auch die Fortbewegung des Bootes eine derartige, um jedem derselben ohne Gefahr noch rechtzeitig auszuweichen. Die der Bemannung nöthige atmosphärische Luft genügt für 12 bis 14 Stunden. Im Bedarfsfalle findet, ohne das Boot empor-tauchen zu lassen, eine Reaprovisionierung statt, indem ineinander-geschobene Röhren bis an die Oberfläche dirigirt werden und an-gebrachte Luftpumpen das nöthige Quantum für eine weitere 12stündige Periode dem bestimmten Reservoir zuführen. Sowohl die Fortbewegung als auch die Tauchmanöver verursachen keinerlei Geräusch.

— (Schnee.) Die Spizen der Baiyrischen Alpen sind, wie aus Murnau gemeldet wird, seit dem 7. mit Schnee bedeckt. Ein Gleiches verlaudet vom Rigi. Aus Vignau wird vom 7. Juni geschrieben: „Ein gewaltiger Temperatur- und Witterungswechsel hat sich von gestern auf heute eingestellt. Gestern um die gleiche Zeit, 8 Uhr Morgens, noch 18 Grad Celsius, und heute reicht der Schnee bis auf 1000 Fuß in's Thal zum Seebach herab. Der Telegraph rief heute die Arbeiter der Rigi-bahn nach Staffel hinauf, um die Linie zu räumen, welche 1 Fuß hoch mit Schnee bedeckt ist.“

berlich geeignet, Vertrauen zu dieser Institution zu erwecken. Er könne also zur Zeit der Vorlage nicht seine Zustimmung geben. Gegen den vorgelagerten Entwurf einer Verordnung betreffend die Einrichtung des Deutschen Volkswirtschafts-Raths habe er auch manche Bedenken. Der Volkswirtschafts-Rath werde doch nur eine Interessenvertretung sein. Bei der heutigen Entwicklung der Verhältnisse gehörten wirkliche Ständevertretungen zu den praktischen Unmöglichkeiten. Redner warnt vor der Vermehrung parlamentarischer Körperschaften. Man könnte sonst leicht die Erfahrung machen, daß das Wort: „Der Parlamentarismus muß durch die Parlamente getödtet werden“ sich bewahrheitet. Vor Allem aber möge man erst abwarten, ob sich der Preussische Volkswirtschafts-Rath bewähren wird. Lasse man diesen ruhig weiter fungiren und sich erst seine Sporen verdienen, dann möge man zu einer Uebertragung der preussischen Institution auf das Reich übergehen.

Abg. v. Schorlemer-Ast wird, abweichend von seinem politischen Freunde Reichensperger, für die Vorlage stimmen. Damit wolle er aber keineswegs die Organisation dieser Institution billigen. Nach seiner Ansicht sei die Landwirtschaft in der jetzt bestehenden Institution nicht genügend vertreten. Er erblicke in der Einrichtung des Volkswirtschafts-Raths einen beachtenswerthen Versuch, die realen Interessen bei der Vorbereitung einer Gesetzesvorlage zu Worte kommen zu lassen. Die Bevölkerung habe den politischen Hader herzlich satt, die Bevölkerung wolle eine intensivere Vertretung ihrer realen Interessen. Deshalb habe die preussische Institution auch Sympathien im Lande gefunden, und einer gleichen Sympathie werde sich auch der Deutsche Volkswirtschafts-Rath erfreuen. Redner wendet sich namentlich gegen die bisherige Wirtschaftspolitik und ihre Konsequenzen und bittet, die geringe Summe für den Volkswirtschafts-Rath zu bewilligen.

Abg. v. Bennigsen erklärt sie gegen die Bewilligung. Er hebt hervor, daß die von Schorlemer vermischte ungenügende Vertretung der Landwirtschaft, des Grundbesitzes im Volkswirtschaftsrath für den Reichstag und Landtag nicht zutrefte, wo dieselben eine verhältnismäßig günstige Vertretung ihrer besonderen Interessen befehlen. Redner führt ferner aus, daß es den wirtschaftlichen Interessen auch zu Gute kommen würde, wenn alle wirtschaftlichen und Interessenfragen, losgelöst von den politischen Grundfragen, die für unaufhörbar gelten müßten, im Reichstage zur Erledigung gelangen würden, wo sie eher eine von allen politischen Gegensätzen losgelöste ausgleichende Behandlung erfahren können, wie sie im Volkswirtschafts-Rath, einer direkten Vertretung der verschiedenen Interessentengruppen, gar nicht möglich sei. Bei der budgetmäßigen Bewilligung läme allerdings die an sich geringe Summe nicht in Betracht, um so mehr aber die naheliegende Möglichkeit, daß hier eine neue Quelle staatsrechtlicher Konflikte zwischen Bundesrath und Reichstag geschaffen werde, da das Staatsrecht des Reichs noch keineswegs konsolidirt sei. Redner erklärt, die national-liberale Partei erkenne an, daß eine sachlich und technisch bessere Vorbereitung der Gesetze wünschenswerth sei und daß sie daher bereit sei, im Etat eine Summe für sachgemäße und autoritative Enqueten durch kompetente und unabhängige Sachverständige zu bewilligen, nicht aber für eine solche willkürlich zusammengesetzte Körperschaft wie des Volkswirtschafts-Rath. Um ein solches Ziel zu erreichen, könne man ruhig noch ein Jahr warten, vorläufig sei die Sache noch nicht reif. (Lebhaftes Bravo links.)

Staatssekretär v. Bötticher bedauert, daß trotz seiner Ausführungen in der ersten Verathung noch immer unrichtige Auffassungen über die Bedeutung und den Zweck des Volkswirtschafts-Rathes obwalten. Der Volkswirtschafts-Rath solle kein Nebenparlament, er solle nichts anderes sein als ein sachverständiger Beirath und in keiner Weise die Wirksamkeit des Reichstages beeinträchtigen. Der Reichskanzler habe selbst in einem Schreiben an die verbundenen Regierungen als die Aufgabe des deutschen Volkswirtschafts-Rathes bezeichnet, ein informativischer Beirath für Kaiser und Reich in volkswirtschaftlichen Fragen zu sein. Jede politische Tendenz liege ihm also fern. Wenn der Vordrucker anerkenne, daß für die Regierung die Einholung sachverständiger Informationen von Werth sein müsse und nur an der Form Anstoß nehme, so stelle er anheim, die geforderte Summe etwa in der Form zu bewilligen, daß sie zur Einziehung von Informationen für die Vorbereitung der Gesetze dienen solle. Er könne allerdings nicht in Aussicht stellen, daß die Regierung diese Informationen anders einzusehen werde, als von einem Kollegium, welches aus den verschiedenen Interessentengruppen hervorgegangen ist. Aber er bitte die Bewilligung auszusprechen, die dem Reiche und der Gesetzgebung förderlich sein werde. (Bravo rechts.)

Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt worden war, sprach der Abg. Rensch für den Volkswirtschafts-Rath. Abg. Richter ging auf die Thätigkeit und Zusammensetzung des Preussischen Volkswirtschafts-Rathes ein und wies nach, daß ein selbstständiges sachverständiges Urtheil von demselben nicht zu erwarten sei. Der Volkswirtschafts-Rath würde lediglich zu einer Stärkung der Macht des Reichskanzlers führen und eine neue Vertretung des Großbesitzes, des Großkapitals und der Großindustrie schaffen, welche alle schon jetzt aus eigener Initiative ihre Interessen sehr nachdrücklich zur Geltung zu bringen wüßten.

Nachdem noch Abg. v. Helldorff für den Volkswirtschafts-Rath plaidirt, schritt das Haus zur namentlichen Abstimmung. Dieselbe ergab 153 Stimmen für und 102 gegen die Position. Die Position ist somit abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Verathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Abänderung des Zolltarifs in Verbindung mit der Verathung des dritten Berichts über Petitionen betreffend die Höhe der Zölle auf unbedruckte Zeugwaaren. Gegen die in der Vorlage normirten Zollsätze liegen Abänderungsanträge der Abg. Sonnemann und Löwe (Berlin) vor, welche beantragen: 1) Für unbedruckte Tuch- und Zeugwaaren im Gewicht von mehr als 200 Gramm auf den Quadratmeter Gewebefläche anstatt 135 M. für 200 Gramm nur 100 M. 2) Im Gewicht von 200 Gramm und weniger anstatt 220 M. nur 180 M. 3) Bedruckte Waaren von mehr als 200 Gramm auf den Quadratmeter Gewebefläche anstatt 150 nur 120 M.

Außerdem beantragen die Abgeordneten Löwe (Berlin), Sonnemann, Delbrück und Witte (Köln), an Stelle des § 1 der Vorlage zu setzen: hartes Kammgarn, gesponnen aus Ganzwollen, Mohair, Kameel- oder Alpaka-haaren, nicht gemischt mit anderen Spinnmaterialien, einfach gefärbt oder gefärbt, doubirtes ungefärbt 100 Kr. 3 Mark.

Abg. v. Kardorff geht ausführlich auf frühere Ausführungen des Abg. Bamberger ein, wird hierin aber vom Präsidenten unterbrochen.

Abg. v. Barnbüler spricht für die Vorlage.

Abg. Dr. Bamberger wendet sich gegen den Abg. v. Kardorff und empfiehlt die Annahme des Antrages Sonnemann.

Nachdem der sächsische Bevollmächtigte Geh. Rath. Voetticher für die Vorlage gesprochen, wird dieselbe unter Ablehnung der gestellten Anträge unbenutzt angenommen.

Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr. Tagesordnung: Unfallversicherungs-Gesetz und Handelsverträge. Schluß 4 1/2 Uhr.

¶ Berlin, 10. Juni. Ob das mit Hamburg geschlossene Abkommen den Reichstag noch beschäftigen wird, ist insofern zweifelhaft, als der Hamburger Senat mit vollem Recht den Raths- und Bürgerschuß über diese Angelegenheit nicht überstürzen, sondern durch eine sorgfame Vorbereitung und Aufklärung zu einem mit möglichst allgemeiner Zustimmung gefaßten Beschlusse machen will. Daß aber dieser Raths- und Bürgerschuß zustimmend ausfallen wird, darüber besteht gar kein Zweifel mehr, nachdem die wichtigsten konsultativen Organe des Handels- und Gewerbes sowie die einflussreichsten Organe der Presse Hamburgs sich für die Annahme ausgesprochen haben. Selbst ein Blatt wie die „National-Zeitung“ thut sich etwas darauf zu gute, vorauszuweisen oder prophezeien zu haben, daß der Reichskanzler durch die Coulanz seiner Bedingungen Hamburg in Erfassen setzen werde. Nun, wenn dem so ist, so wird die Mehrheit der dortigen Bürgerschaft auch so weit zu rechnen wissen, daß man eine solche Gunst der Umstände annehmen muß. Wo bleibt aber schon jetzt, muß man fragen, das fortschrittliche und secessionistische Gerücht über unerhörte Vergewaltigung des hamburgischen „Welthandels“. Als Folge des Anschlusses erwartet man in Hamburg schon jetzt einen steigenden Werth des Grundeigenthums, der seit 1867 unaufhörlich gestiegen war, man erwartet die vergrößerte Nachfrage nach dem Grundbesitz und damit die Steigerung der Preise von dem Entstehen industrieller Anlagen, während das hamburgische Staatsgebiet einschließlich der preussischen Stadt Altona durch den Anschluß vom Reichs-Zollverband industriellen, auf die Versorgung Deutschlands gerichteten Anlagen bisher verschlossen war.

Daß der Hamburger „Welthandel“, wie man sich dort etwas euphemistisch, aber mit Vorliebe ausdrückt, durch die Verkleinerung des Freihandels-Bezirks nicht wesentlich leiden werde, wird in der Denkschrift wie in dem Gutachten der Handelskammer ausgeführt. Die Reichsregierung darf in dem Ausgang der Hamburger Angelegenheiten ein gutes Vorzeichen erblicken für den Ausgang noch mancher anderen schwebenden Frage, wo das Ziel der Regierung bis jetzt dem fortschrittlichen Anathema ausgelegt ist, von welchem das spätere Hoffmann, welches allerdings die fortschrittlichen Kehlen anstimmen werden, nur um so wirkungsvoller sich abheben wird.

Die Vorschriften über die Verwendung der Wechselstempel-Marken haben dem Handelsstand wiederholt Anlaß zu Klagen gegeben, und auch der Reichstag hat mittelst Beschlusses vom 3. April 1879 an den Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, eine Vereinfachung jener Vorschriften in Erwägung zu ziehen. In Folge dessen sind die Bundesregierungen um ihre Aenderung über die Angelegenheit ersucht worden. Nach dem Inhalt der eingegangenen Aeusßerungen empfiehlt es sich, wie der Reichskanzler in einer Zuschrift an den Bundesrath ausführt, die in Rede stehenden Vorschriften durch andere zu ersetzen. Dieselben sind nunmehr dem Bundesrath vorgelegt worden mit dem Antrage, zu beschließen, daß diese neuen Bestimmungen an Stelle der alten treten, daß jedoch, soweit noch Wechselstempel-Marken ohne einen Vordruck für die Eintragung des Tages der Verwendung zum Gebrauch gelangen, diese Eintragung auf einer beliebigen Stelle der Marke erfolgen darf und daß bis zum 31. Juli d. J. die Verwendung der Wechselstempel-Marken auch nach Maßgabe der bisherigen Bestimmungen zulässig ist.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Juni. Die „Wiener Zeitung“ publizirt das Budget- und Finanzgesetz für 1881.

Frankreich.

¶ Paris, 10. Juni. Gegen 50 Senatoren vom linken Centrum und von der Linken haben durch ihren Abfall die gestrige kapitale Niederlage des Herrn Gambetta in dem Oberhause ermöglicht. Der „Kappel“ kann ihre Namen, obgleich die Abstimmung eine geheime war, den Verwünschungen der Nachwelt überantworten. An ihrer Spitze steht natürlicherweise Jules Simon, der wahre Oberfeldherr der gestrigen Schlacht; dann folgen von bekannteren Persönlichkeiten: Laboulaye, Krantz, der Regierungskommissär der Welt-Ausstellung von 1878, der Oberst Chadois, De-normandie, der Gouverneur der Bank von Frankreich, Gaultier de Rumilly, der Nestor der republikanischen Partei und schon seit Jahren der Alterspräsident der Kammern, der Marquis de Maleville, der Freund Thiers', Waddington, der Minister Tourner, der Erzbischof, General Grévy, der Bruder des Präsidenten der Republik, Baroy, der ehemalige Minister der öffentlichen Arbeiten, Ferry, der Führer der Schützlinge, Cherpin u. A.

Im Verfolg der gestrigen Sitzung des Senats hat sich ein ganzer Schwarm von Gerüchten in den Morgenblättern niedergelassen. Da sollten die Minister Constans, Cazot und General Farre, die drei Wiedertäufer, wie man sie zu nennen pflegt, da sie gleich dem Trifolium im „Propheten“ immer vereinigt agitiren, ihre Entlassung gegeben haben; Hr. Gambetta sollte das Präsidium des Abgeordnetenhauses niederlegen, um wieder an die Spitze der streitenden Republikaner zu treten. Auf seine Veranlassung sollte Hr. Tolain heute im Senat einen Antrag auf Revision der Verfassung einbringen; Hr. Gambetta sollte auch gestern Abend, als er sich mit den Senatoren Hébrard und Laurent-Bichat über das Ereigniß des Tages unterhielt, einen Schlaganfall oder doch eine Nerventriebe gehabt haben. An alledem ist, wie sich schon im Laufe des Tages herausstellte, kein wahres Wort. Im Gegen-theil scheinen die Anhänger des Listenstratagem ihre

Niederlage sehr philosophisch, manche sogar mit stiller Genugthuung, da es ihnen nie um die Reform ernst war, entgegen zu nehmen, und was Hr. Gambetta selbst betrifft, so kann man sicher sein, daß er auch in diesem Mißgeschick die Elastizität seines Geistes bewahren und seine Gegner durch die Schlagfertigkeit überraschen wird, mit welcher er ihnen auf dem Terrain des alten Wahlsystems gegenübertritt wird.

Ganz richtig bemerkt Hector Bessard im „National“: Bedenklich wäre die Lage nur in dem Falle, daß Hr. Gambetta aus Trost Vergnügen darin fände, die öffentliche Meinung aufzuregen und den Groll und den Ehrgeiz, die Unwissenheit und die Gelüste der Revolutionären gegen den Präsidenten der Republik, Hr. Grévy, auszubenten. Aber es ist unwahrscheinlich, daß der Präsident der Kammer, der schon so viele Beweise seines Patriotismus und seiner Mäßigung gegeben hat, sich von seinem Verdruss hinreißen ließe und aus einem Regierungsmann ein Oppositionswurm würde. Wenn man auf die Rolle eines Thiers, Bismarck oder Cavour Anspruch machen darf, nimmt man nicht mit der Rolle eines Crispin vorlieb.

Die im Jahre 1873 hier gegründete Ecole alsacienne, ein Realgymnasium, welches sich rasch zu einer der beliebtesten Lehranstalten von Paris aufgeschwungen, hat gestern ihre neuen Lokalitäten in der Rue d'Assas bezogen und bei dieser Gelegenheit hielt der Physiologe Paul Bert, den man allgemein als den künftigen Unterrichtsminister Gambetta's bezeichnet, als Präsident der Feierlichkeit eine Rede, in welcher er sich nicht versegte, den üblichen nationalen Schmerzensschrei auszusprechen. Zudem er nämlich auf das vom klerikalen Geiste eingegebene Schulgesetz von 1850 zu sprechen kam, welches die französische Jugend in zwei feindliche Lager getheilt hätte, fuhr er fort:

Im Gegensatz zu Jenen, die sich strafbarer Weise, wenn sie es mit Bewußtsein thäten, bemühen, Frankreich entgegen zu schneiden, habt ihr vielmehr die beiden durch eine blutige Operation von einander getrennten Hälfen Frankreichs wieder zusammen zu fügen gesucht. Unmittelbar nach unserem Kriegszug habt ihr es euch angelegen sein lassen, die Kinder, welche der Sturm vertrieben, bei euch aufzunehmen, und den Vögeln, die einst auf dem herabgeschossenen Zweig saßen, ein neues Nest zu bieten. Den Siegen, die da vermeinen, daß es genüge, auf der Karte mit triumphirender Hand eine mit Schilnwägen und Festungen gespickte Linie zu ziehen, um die Herzen umzulehren und das Vaterland in Vergessenheit zu bringen, habt ihr mit der Gründung dieses Hahls geantwortet, in welchem freiwillig Verbante das heilige Feuer unterhalten und nähren und aus dem eure Blicke, wenn ihr sie von dem Buche aufschlaßt, sich lediglich nach Athen wenden:

Et dulces vivens reminiscitur Argos.

Und o Wunder, indem ihr als Patrioten handelt, habt ihr auch eine pädagogische That verrichtet. Denn diese elässische Schule, deren Beispiel für die Reform unseres Mittelunterrichts so schwer in die Waagschale fiel, hat gerade euer altes Straßburger Gymnasium zum Muster genommen, so zwar, daß unser theueres Elfaß, wenn es uns nicht mehr sein Blut und seine Dabe geben kann, uns wenigstens noch seinen Geist und sein Beispiel gibt. Vergeltet für die Reform eurer Erwartungen, wenn nicht eure Wünsche überstiegen. So wahr ist es, daß Demjenigen, welche das Vaterland recht innig lieben, alles Uebrige von selbst in den Schatz fällt. (Anhaltender Beifall.)

Dem neuen Konful des Deutschen Reichs in Marseille, Hr. Georg v. Derzh, ist das Treaquatur ertheilt worden.

Aus Algier telegraphirt der Befehlshaber des 19. Armeecorps vom 10. Juni dem Kriegsminister:

In der Nacht vom 8. zum 9. ist Bu-Amema wieder in Siga gesehen worden. Die Kolonne Détrie, welche in Khreny-Azia stand, sollte am 9. zur Verfolgung der feindlichen Kontingente nach dem Ued-Sidi-Masseur ziehen. Die Kolonne Duffhol nähert sich Akkura, indem sie ihren Weg über Sedjed und Suar nimmt. Die Kolonne Brunetiere ist bis Dur-Hamza-ben-Medjabus vorgeückt. Die Kolonne Belin steht in Tanila im Djebel-Amur. Die Kolonne Wallacet steht in Tismuline. Man verbreitete das Gerücht, daß Bu-Amema sich über Tanila und Akku nach dem Djebel-Amur werten wollte; aber die Kolonne Belin wird ihn wahrscheinlich an dieser Bewegung verhindern. Uebrigens haben drei Stämme des Djebel-Amur, die sich Bu-Amema genährt hatten, ihn wieder verlassen und sind in ihre Berge zurückgekehrt, wobei sie sich dem Kommandanten von Akku zur Verfügung stellten. Man sagt, daß Bu-Amema die Vertschachen, welche er in Maghar hatte, nach Sigan retten läßt. Was die abgefallenen Trakts betrifft, so scheinen sie in einer kritischen Lage zu sein, indem die Annus von der marokkanischen Grenze ihr Lager häufig heimlich. Der Befehlshaber von Gerwille meldet, daß eine Herausforderung einiger Kontingente des Bu-Amema scharf geächtigt worden ist. Sie wollten nämlich eine Demonstration gegen unsere Posten ausführen; man schickte einen Gum mit einigen Spahis und Infanterie gegen sie aus, die sie in Flucht jagten und mehrere von ihnen tödteten. Auf unserer Seite wurden nur zwei Pferde leicht verwundet.

Paris, 10. Juni. Senat. Broglie's Antrag, in Artikel 1 der Vorlage betreffs des Elementarschulzwangs die Worte „moralischer und bürgerlicher Unterricht“ durch die Worte „moralischer und religiöser Unterricht“ zu ersetzen, wird mit 144 gegen 127 Stimmen abgelehnt und sodann Artikel 1 angenommen.

Die indirekten Steuern und Einnahmen für den Monat Mai 1881 erzielten im Vergleich mit den budgetirten Voranschlägen einen Ueberschuß von 13,168,000 Fr. Das Totalergebnis der Ueberschüsse seit Beginn des Jahres ist 86,127,000 Fr.

Spanien.

Madrid, 10. Juni. Der Ministerrath beschloß gestern unter dem Vorsitz des Königs, das Dekret über die Auflösung der Cortes zwischen dem 20. und dem 25. Juni zu publiziren; ein weiteres Dekret wird den Termin für die Newahlen und die Einberufung der neuen Kammern festsetzen.

Großbritannien.

London, 9. Juni. Wie aus authentischer Quelle verlautet, ist die Nachricht von einem beabsichtigten Rücktritt des Grafen Karolyi in dieser Fassung unrichtig; derselbe ist jedoch sehr leidend und geht heute für längere Zeit auf's Land; da der Botschafter somit seine Amtspflichten nicht

